

Vertheilt täglich
ausgegeben mit Ausnahme bei
Sonntagen und Feiertagen.
Abonnementpreis
monatlich 50 P., vierteljährlich 1.50 P.,
halbjährlich 3.00 P., jährlich 6.00 P.
Inhalt 10 B. 1/2 Jahrgang 30 P.

„Die Neue Welt“
(Anzeigungsverträge) durch
den Hof nicht befristet, bis
monatlich 10 P., vierteljährlich 30 P.

Volkshblatt

Infektionsgebühren
betragen für die Sachverständigen
Beiträge über deren Namen
15 P. für Wohnungsgeld
Zerzins- und Veranlagungs-
angelegenheiten 10 P.
Für reaktionellen Lohn
lohnt die Seite 50 P.
Inserate für die 1000
Kommunen müssen mindestens
veranschlagt 10 P. für die
Expedition aufgegeben sein.
Anzeigen in die Ver-
sammlungsliste unter Nr. 1000.

Sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weitzenfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof hartwegs rechts.
Telegraphen-Adresse: Volkshblatt Halle/Saale.

Nr. 71.

Donnerstag den 25 März 1897

8. SEITE

Die Abänderung der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die Hauptursache der verschiedenartigen Vermögensgestaltung ist in der Verschiedenheit der Altersgruppierung der Versicherten in den einzelnen Anstalten zu suchen. Trifft ja doch auf 1000 Versicherte in den Altersjahren 20 bis 40 im Durchschnitt nur ein Invaliditätsfall im Jahre, dagegen treffen in der Periode 40 bis 50 schon 4, zwischen 50 und 60 aber 14, zwischen 60 und 70 gar 46 Fälle auf 1000. Nun hat sich infolge des Umstandes, daß aus den Landbezirken eine stete Wanderung nach den Städten stattfindet, daß ferner die vom Land abziehenden Elemente nicht die alten, der Arbeitsfähigkeit nahen, sondern die jungen, kräftigen Leute sind, der Zustand eingestellt, daß in den großen Städten meist die kräftigeren Versicherten überwiegen, während in den Landbezirken, in denen die ungünstigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, fast das direkte Gegenteil der Fall ist.

So finden wir, daß im Jahre 1894 auf je 1000 Versicherte in dem zurückgebliebenen avarischen Ostpreußen 31,0 Invaliden- und 47,8 Altersrentner, im ganzen 78,8 Rentenempfänger entfallen, in Berlin 8,2 und 4,0 = 12,2, in Mecklenburg 15,6 und 40,7 = 56,3, in den Hansestädten 6,9 und 8,7 = 15,6, in dem bauerlichen Niederbairern 23,9 und 30,0 = 53,9, in dem stark industriellen Mittelrhein dagegen 14,2 und 16,1 = 30,3. Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß die ländlichen Bezirke entschieden im Nachteil sind und daher deren Verlangen berechtigt erscheint, daß eine Ausgleichung stattfindet.

Es mag sich aber, wie es z. B. die Frankfurter Zeitung thun, unangehörig für eine solche Ausgleichung ausdrücken, hat man denn doch noch zu untersuchen, ob die Altersgruppierung allein es ist, die diese Gegenstände verschuldet, und ob nicht an dieser selbst die beständige Klasse jener Gegenstände mitwirkend ist. Es dürfte z. B. keinem Zweifel unterliegen, daß der Abzug junger, kräftiger Arbeiter aus dem agrarischen Osten (und zwar in Nord und Süd) nach den Städten Mittelwestlands und des Westens wesentlich auf trotz der scheinbaren Gleichgültigkeit noch schädlicher für die Arbeiter als das für die Unfallversicherung geltende. Nicht nur „wählen“ auch lediglich die Vorstände der unter dem Einflusse der Unternehmer stehenden Betriebe, Bau- und Innungsstellen und der auch nicht immer ganz unabhängigen Ortskrankenkassen, sondern auch die Vertreter der Gemeindeversicherung eine Anzahl Personen, welche den Kommunalverwaltungen angehören und die wohl nur in den allerletzten Fällen für Arbeitervertreter, die in gewisser Beziehung „unabhängig“ sind, stimmen werden. Die freien Klassen sind auch gänzlich ausgeschlossen. Was für ein Konglomerat von „Arbeitervertretern“ auf diese Weise zusammenkommt, das erweitert die Resultate der oftmals vorgenommenen „Wahl“.

Wir verlangen vernünftige, zeitgemäße Wahlen, bei denen wirklich alle Versicherten ihren Willen zur Geltung bringen können. Wählenden müssen die Grundzüge, welche für die Gemeindegewalt maßgebend sind, der Kandidatur auch für diese Wahlen bilden. Dann könnte von einem wirklichen Einflusse der Arbeiter auf die Verwaltung eingemessen die Rede sein.

Außerdem seien ja auch die Ergebnisse in den östlichen Provinzen, daß die Agrarier einfach unfähig zu einer ordentlichen Verwaltung sind. Man muß ihnen zum mindesten unabhängige, intelligente Arbeiter zur Seite stellen (was aber nur bei einem ordentlichen Wahlverfahren möglich wäre), die bis jetzt bei allen von ihnen ins Leben gerufenen und vermalten Kasseneinrichtungen gezeit haben, daß sie das Zeug dazu haben, solche Einrichtungen richtig zu leiten. Ueber den Modus, unter dem die Arbeiter Einfluß auf die Verwaltungsberechtigten erhalten sollen, dürfte bei gutem Willen der herrschenden Kreise eine Verständigung aufschwung zu erzielen sein.

Wesentlich der Aufbringung der Mittel waren wir Sozialdemokraten von jeher der Meinung, daß die Kosten für das genannte Versicherungswesen durch eine einzige Reichsversicherungssteuer aufgebracht werden sollten, deren Berechnung namentlich jetzt, nach den langjährigen Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht wurden, mit Leichtigkeit zu bemessigen wäre. Und gerade für den hier in Frage kommenden Versicherungszweig würde es zweckmäßig und gerecht, endlich den Verzicht zu machen. Haben doch an der Invaliden- und Altersversicherung nicht bloß die versicherten Arbeiter und nicht bloß die sonstigen jetzt durch Zahlung beteiligten Familien ein Interesse, sondern auch zahlreiche weitere Kreise, die aber jetzt bei der Beitragszahlung gänzlich ausgeschlossen bleiben. In den Motiven zur Regierungsvorlage wird ohne Anführung von Beweisgründen nur behauptet, daß sich die Einführung einer solchen Zahlungsweise nicht empfehle, weshalb man beschließen habe, es beim Markteszen zu belassen, für welches Verfahren eine kleine Erleichterung durch Einführung von größeren Zeiträumen lautenden Marken vorgeschlagen wird.

Wir haben vor allem zu berücksichtigen, daß hätte man eine Reichsversicherungsanstalt, wie wir vorschlugen, errichtet, dieses Ausgleichsverfahren von vornherein eingetreten wäre, wie wir an dem Beispiel der zentralisierten Hilfskassen nachgewiesen haben. Nur dürfen wir aber, wenn man schon die Wirkung herbeiführen will, die die Wirksamkeit einer Zentral-Reichsanstalt haben würde, mit Recht verlangen, daß auch mit der Gründung einer solchen vorgegangen und nicht wieder Pflück- und Filderarbeit gemacht wird. Die Gelegenheit zur Begründung der längst geforderten Reichsversicherungsanstalt wäre durch den Ausgleichsvorschlag der Regierung die denkbar günstigste, und es würde damit der erste Schritt zu der immer als wünschenswert, aber „zur Zeit noch unthunlich“ bezeichneten Verwirklichung der verschiedenen Versicherungsarten gethan.

Das Jammern „freistündiger“ Organe über den „Kommunismus“, der in dem Regierungsvorschlag stecken soll, läßt uns vollständig kalt. Wir wünschen bloß, es wäre wirklich Kommunismus.

Jedenfalls aber verlangen wir entschieden, gleichviel ob es zur Schaffung der Reichsversicherungsanstalt nun kommt, oder ob man es lediglich mit den Regierungsvorschlägen probieren will, daß den Versicherten endlich ein maßgebender Einfluß auf die Verwaltungsgeschäfte mit eingeräumt wird. Die faule Ausrede, die bei der Unfallversicherung immer gemacht wird, daß die Arbeiter ja nicht zu ihr bezahlen und infolgedessen auch kein Anrecht auf Beteiligung an der Verwaltung hätten, kann hier angesichts der enormen direkten Beiträge, die die Arbeiter zu leisten haben, nicht vorgebracht werden.

Jedenfalls wird uns auf diese Forderung entgegen zu werden: Was wollt Ihr denn; die versicherten Arbeiter haben doch den ihnen als Beitragszahler gebührenden Einfluß auf die Verwaltung, indem der den ernannten und besoldeten Beamten beigegebene Ausschuß zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern bestehen muß und alle beide auch von ihren Klassenangehörigen gewählt werden. — Das ist richtig! aber wie und von wem, werden sie in Wirklichkeit gewählt! Da liegt eben der Haken im Pfeffer. Das Wahlverfahren für die Invaliditäts- und Altersversicherung ist trotz der scheinbaren Gleichgültigkeit noch schädlicher für die Arbeiter als das für die Unfallversicherung geltende. Nicht nur „wählen“ auch lediglich die Vorstände der unter dem Einflusse der Unternehmer stehenden Betriebe, Bau- und Innungsstellen und der auch nicht immer ganz unabhängigen Ortskrankenkassen, sondern auch die Vertreter der Gemeindeversicherung eine Anzahl Personen, welche den Kommunalverwaltungen angehören und die wohl nur in den allerletzten Fällen für Arbeitervertreter, die in gewisser Beziehung „unabhängig“ sind, stimmen werden. Die freien Klassen sind auch gänzlich ausgeschlossen. Was für ein Konglomerat von „Arbeitervertretern“ auf diese Weise zusammenkommt, das erweitert die Resultate der oftmals vorgenommenen „Wahl“.

Wir verlangen vernünftige, zeitgemäße Wahlen, bei denen wirklich alle Versicherten ihren Willen zur Geltung bringen können. Wählenden müssen die Grundzüge, welche für die Gemeindegewalt maßgebend sind, der Kandidatur auch für diese Wahlen bilden. Dann könnte von einem wirklichen Einflusse der Arbeiter auf die Verwaltung eingemessen die Rede sein.

Außerdem seien ja auch die Ergebnisse in den östlichen Provinzen, daß die Agrarier einfach unfähig zu einer ordentlichen Verwaltung sind. Man muß ihnen zum mindesten unabhängige, intelligente Arbeiter zur Seite stellen (was aber nur bei einem ordentlichen Wahlverfahren möglich wäre), die bis jetzt bei allen von ihnen ins Leben gerufenen und vermalten Kasseneinrichtungen gezeit haben, daß sie das Zeug dazu haben, solche Einrichtungen richtig zu leiten. Ueber den Modus, unter dem die Arbeiter Einfluß auf die Verwaltungsberechtigten erhalten sollen, dürfte bei gutem Willen der herrschenden Kreise eine Verständigung aufschwung zu erzielen sein.

lassen, für welches Verfahren eine kleine Erleichterung durch Einführung von größeren Zeiträumen lautenden Marken vorgeschlagen wird.

Diesem Standpunkte der Regierung gegenüber nehmen ausnahmsweise einmal die Agrarier eine vernünftige und daher von uns zu billigende Stellung ein. Es liegt nämlich dem Reichstage schon aus dem Beginn der Session ein Antrag Bloch und Genossen vor, der die Anführung der Mittel für die Invalidenversicherung durch Einführung einer allgemeinen Steuer fordert. Natürlich glauben die Schlawbeger, dadurch für sich ein Profitieren zu machen. Durch die Verteilung der Last auf eine erheblich größere Anzahl von Schultern müssen naturgemäß die jetzt Zahlenden entlastet werden, außerdem denken die Herren wohl auch, daß das, was sie an beratiger Steuer zu entrichten hätten, nicht so viel ausmachen könne, als was sie jetzt an Markteszen bezahlen müssen. In letzter Beziehung könnte man den Herren schon durch eine gehörige Progression die Suppe etwas verjagen. Eine Entlastung an sich aber würde die Versicherungssteuer gegenüber dem jetzigen Verfahren ohne Zweifel für die jetzt der Beitragszahlung Unterworfenen herbeiführen.

Natürlich könnte davon keine Rede sein, daß die Besteuerung schon bei Einnahmen von 600 M. zu beginnen fände; da müßte denn doch erheblich höher gegriffen werden. Außerdem wäre es auch nicht angängig, die Steuer als progressiven Zuschlag zu bereits bestehenden Steuern zu berechnen und zu erheben. Dazu sind die Einkommensteuerbesetze in den verschiedenen Bundesstaaten viel zu buntständig gestaltet. Sie müßte vielmehr nach einer besonderen Einkommensteuer-Einschätzung und bei den Unternehmern auch nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter ausgeschrieben werden. Die Erhebung könnte in den Einzelstaaten mit der der übrigen Steuern erfolgen, so daß wohl nur eine geringfügige Vermehrung des betreffenden Beamtenpersonals nötig wäre und die Kosten hierfür sich als ziemlich minimal herausstellen würden.

Das sogenannte „National“-Denkmal

für Kaiser Wilhelm I., welches am Montag unter üblichem militärischen Gepränge feierlich enthüllt worden ist, hat eine für unsere bayrischen Patrioten nicht gerade erfreuliche Bedeutung. Gleich nach des Kaisers Tode hatten sie in der ersten Begeisterung sich in den Kopf gesetzt, das Denkmal müsse, der „gewaltigen Bedeutung“ des verstorbenen Herrschers entsprechend, etwas Großartiges und Eigenartiges werden. Die Künstler wurden aufgefordert, Entwürfe vorzulegen. Bildhauer und Architekten wetteiferten um den Preis, und es kam in der That der Eigenartigen genug zu Tage. Da dem Reichstage zugewandt wurde, das Geld für das Denkmal zu bewilligen, so hatte derselbe eine Kommission für die Prüfung der Entwürfe eingesetzt. Dieser Kommission lagte jedoch keiner der vorgelegten Entwürfe zu. Es wurde eine neue Konkurrenz ausgeschrieben, aber es kam nicht zu derselben. Der Reichstag überließ schließlich, unter Vorbehalt der Bewilligung der Geldmittel, die Entscheidung dem Kaiser. Weshalb? Nun, weil man es nicht für rätlich hielt, mit dessen Wünschen in solchen Fällen zu rechnen. Man mußte, daß der Kaiser die Ansicht habe, den Bildhauer Begas zu beauftragen, ein Reiterdenkmal Wilhelm I. anzufertigen. Die Mehrheit der zur neuen Konkurrenz aufgeforderten Künstler verzichtete deshalb auf die völlig auskömmliche Arbeit. So kam es, daß Begas siegte. Der Kaiser bestimmte dessen Entwurf zum „National“-Denkmal, obwohl auch dem Kreise der bayrischen Denkmalbesitzer keine Stimme zu Gunsten dieses Werkes laut wurde. Das das Denkmal auf der Berliner Schlosshöhe steht, nach dem Schloße, errichtet wurde, ist ebenfalls lediglich auf dem Wunsch des Kaisers zurückzuführen. Der Platz wurde gewählt, trotzdem Kaminherabhängige ihn als ganz ungeeignet für das Denkmal beschrienen. Auf der Schlosshöhe standen Häuser. Die mußten abgebrochen werden, um Platz für das sogenannte „National“-Denkmal zu gewinnen. Wer aber sollte die ungeheuren Kosten für den Grundbesitz und den Abbruch tragen? Schmeigle Frage! Aber man mußte sich zu helfen. Es nicht zu hoffen stand, daß die guten „Bavariern“ aus freiwilligen Beiträgen die diversen Millionen beschaffen würden, so veranlaßte man eine Lotterie, verband man sich mit dem Spielverleiher, der unter der Maske des „Bavariismus“ die Sache denn auch zum guten Ende brachte. Das Geld kam zusammen durch den Tribut der Dummheit, die alle hoffen, etwas zu gewinnen. Dann tauchte plötzlich die auf eine sehr maßgebende Stelle zurückzuführen Wacht auf, der Platz sei zu klein; es müßte durch weitere vollständige Abbrüche mehr Raum und Aussicht geschaffen, auch ein prächtiger Balkon angelegt werden. Da man aber durch eine neue Lotterie das Geld nicht gewinnen konnte, so wurde die Steuerfrage in den Vordergrund gedrückt. Die bayrischen Sozialdemokraten gefiel haben würden. Aber die Berliner Stadtverordneten gingen auf dieses lebenswichtige Anliegen nicht ein; sie verweigerten die gewünschte Unterstützung. Nun hätte auch der Reichstag beantragt das Geld für das „National“-Denkmal nicht bewilligt; es wurden Stimmen laut, die da meinten, man thue am besten, der wünschenden Schöpfung entsprechend, das ganze Unternehmen als ein Privatunternehmen des Kaisers zu erachten und nicht zu bewilligen. Schließlich aber legte die „gute“ Mehrheit des Reichstages die verlangte Summe auf etwa die Hälfte herab und ließ sich verpersöhnen, daß keine Nachforderungen kommen sollten.

Das ist die für unsere Patrioten sehr unangenehme Geschichte des Denkmal, das am Montag als „National“-Denkmal enthüllt worden ist.

Tagesgeschichte.

In parlamentarischen Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß das entscheidende Wort des Reichstages vom Sonnabend über den Marineetat nicht unmittelbar politische Folgen haben wird. Es werden allerdings Stimmen laut, die glauben machen wollen, daß sich eine Nachwirkung nach der Jentenerfeier herausstellen werde. Außerdem stützen sich die Kreise, welche die Regierung Mittel und Wege finden werde, die Kreuzer doch noch zu bekommen. Das Berliner Bismard-Organ behauptet, daß Wortum des Reichstages bedeute einen weiteren Niedergang des Parlamentarismus in Deutschland, und schließt mit der feilschen Betrachtung: Der Reichsregent wieder und seine beiden Gefolgsleute, Richter und Bebel, sind die Herren im Parlament. Sie regieren in Deutschland, denn sie bestimmen das Maß von Ansehen und Verehrungsfähigkeit, dessen das Land sich erfreuen soll. Ueber den hiesigen Ernst dieser Situation können auch die glänzendsten Feste nicht hinwegtäuschen. Indem Deutschland dem Begründer des Deutschen Reiches ein solches Denkmal darbietet, sieht es zu, wie die Schöpfung selbst fortgesetzt verhämmert und entwertet wird. Wenn die Feste des 22. März etwas Gutes im Gefolge haben soll, so muß es ein Erwachen unseres Volkes, ein Erwachen an Haupt und Gliedern sein.

Das Erwachen und Erwachen des Volkes wird schon kommen, aber wahrscheinlich nicht im Sinne der Reaktion! Bei der **Schlusssitzung** im Reichstage über die beiden Kreuzer waren

für Bewilligung:	
Konstituante Reichspartei	Zentrum
Nationalliberale	Sozialdemokraten
Frei. Vereinig. (mit 3 Abn.)	Welfen
Antijentener (mit 2 Abn.)	Polen
2 Wilde	Chäpfer
	Frei. Volkspartei
	Sidd. Volkspartei
	3 bairische Bauernverbände
	3 Frei. Vereinigung
	2 Antijentener

Die Gegner der Abenteuerpolitik haben also eine Mehrheit von 61 aufzuweisen. Ein schlüssiger Blick auf die Parteigruppen lehrt, wie wenig aussichtsvoll eine Reichstagsauflösung für die Marineentwaffnung gewesen wäre.

Begnadigt. Der Jentenerminister v. Pöze ist Montag nachmittag infolge Begnadigung durch den Kaiser aus der Festungshaft ins Glas entlassen worden.

Wozu die Religion da ist. Weil sie an den Himmel nicht glauben wollen, der doch von den Frommen, wie die in diesen Tagen von uns mitgeteilten kirchlichen Darlegungen beweisen, so verlockend geschildert wird, darum werden die sog. „höheren Stände“ geistig angefaßt vom — Organ des Bundes der Landwirte, das neuerdings in Frömmigkeitsfragen der Kreuzzeitung scharfe Konkurrenz macht. Das Bundesblatt wertet:

Unter Volk ist religionslos und unchristlich geworden, weil die höheren Stände ohne den Himmel auskommen zu können wählten. Sie flohen den Schatten der Kirche, sie flohen den Dom des Himmels und luden Schatten und Sand unter alle ihre Füßchen. Sie glaubten in ihrer Selbstherrlichkeit, der Gottesherrlichkeit entraten zu können. Ihre freie Gotteskennung nahm aber in den unteren Schichten eine größere Gestalt an, ihr bodenmäßiges Leben ward unter zum freien Glauben ihre wegwerfende Bewegung wandelte sich unter zum freien Willen und freien Denken. Da wurde ihnen anath, und nun möchten auch sie gern, daß dem Volke die Religion als Regel gegen die Begehrlichkeit, als Jügel, erhalten bleibe.

Das Bundesblatt hat recht. Thatsächlich wird von vielen Seiten, auf die das Bundesorgan hier anspielt, die Religion einig und allein als Mittel gebraucht, um die „untern Klassen“ in der Dulderrolle zu erhalten, und es bedürfte wahrlich nicht erst des Organs der Agrarier, um diese Thatsache festzustellen. Das Volk weiß doch schon lange und macht sich den nötigen Vers dazu. Aber merkwürdig: während die Korrespondenz des Bundes der Landwirte die göttlichen Sozialdemokraten mit dem Dreiflügel löschiglichen will, verübt es das Zeitungblatt des Bundes den Gottlosen der „höheren“ Stände gegenüber mit salbungsvollen Ermahnungen. Ähnliches hat schon früher die Kreuzzeitung vernachlässigt, als sie den Agrarier empfahl, sich still in ihr Kämmerlein zurückziehen und dort des Gebetes zu pflegen. Selten wird's freilich nicht viel. War es nicht einer der tonangebenden Agrarier, der kürzlich im Reichs-

tage bei einer Debatte über das Duell offen vor aller Welt erklärte, die Forderungen der Religion mühten in gewissen Fällen zurücktreten, — nämlich wenn eine Kanonikensache ins Spiel kommt?

Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Der Freireiher von Hammerstein veranlaßt täglich morgens für sich und seine Dienerschaft Hausandachten, außerdem erstrebt er sich noch der langjährigen, intensiven, „seelsorgerischen Einwirkung“ seines Freundes, des Hopsbürgers Söderer, und doch war er ein Ergammer.

Die fahrlosen Nationalliberalen. Zur Marine-schlacht äußert sich die Rhein.-Westf. Ztg. in einem Appell an die Nationalliberalen:

Wer vor der Schlacht um Feiden bittet, ist schon geschlagen. Und so sind wir schon jetzt geschlagen. Es lohnt nicht die Abstimmung am heutigen Abend zu erwarten. An einen Fühler gegenwärtig, der seit 7 Jahren immer entziffen ist, bezogen sich die nationalen Parteien fahrlos in einem Ein- und Bergangen bis zur völligen Ohnmacht, getrieben durch eigene Anhänger und Feinde. Nur dann werden sie noch einmal leben, wenn sie aufhören zu hoffen, daß ihnen aus der Regierung ein Führer entstehen könnte, wenn sie nichts mehr sein wollen als eine nationale Opposition.

Die Nationalliberalen als „nationale Opposition“ — Das ist der Gipfelpunkt politischer Hausnummer. **Der auch ein Beitrag zur Jentenerfeier.** Zu den Begünstigten unter den Begünstigten ist der nun glücklich überlebende Jubelfeier der Nationalliberalen und ihre Presse.

Angesichts dieser Lebensverhältnisse, welche sich in trauriger Eintracht mit der schmiedlichen Denunziationsucht gegen alle, welche dem Jubelfest nicht verfallen sind, befindet, erscheint es nicht unangebracht, gerade diese Nationalliberalen an eine Zeit zu erinnern, in der sie über den heute so maßlos verehrten Kaiser und seinen damaligen Minister, den späteren Kanzler von Bismard etwas anderes dachten. Die Wochen-schrift des Nationalvereins vom 27. August 1863, das offizielle Organ desselben Nationalvereins, an dessen Spitze Herr v. Bennigsen als Präsident stand und aus dem die national-liberale Partei herausgemacht ist, enthält einen Artikel, der sich mit der fünfzigjährigen Gedenkfeier der Volks-erhebung von 1813 befaßt und fällt folgendes Urteil über König Wilhelm und seinen Minister v. Bismard:

Das Jubelfest der Erhebung des preußischen Volkes ist wahrlich nicht dazu angethan, in Preußen als Festtag gefeiert zu werden. Während uns ein Blick auf die Geschichte des Jahres 1813 einen König zeigt, der von der Macht der das ganze Volk bewegenden Ideen, nicht fortgerissen, sich wenigstens auf einige Zeit nachhaltig seinem Volke hinab: am Ruder des Staates gesessene und von aufopfernder Liebe zum Vaterlande erfüllte Staatsmänner, die Großes geschaffen hatten und Großes vollendeten, endlich ein Volk, das operemüht und freibüchsig freudig Gut und Blut einsetzte für König und Vaterland, bietet sich uns jetzt das entgegengesetzte Schauspiel. Der König ist seinem Volk — dank den Katholiken seiner Hoflinge — völlig entfremdet, mehr, als vor ihm ein preußischer Fürst, ja, er hat, um seinen Eigenwillen gegen den geleglich ihm ergebenden Willen des Volkes durchzusetzen, sich nicht scheut, gegen die freien Bestimmungen der Verfassung mit seiner persönlichen Verantwortlichkeit für gewisse folgenschwere Staats-akte einzutreten und weiß jetzt jede Bitte, jede Mahnung ungehört ab.

Durch Klagen über die Not der Landwirtschaft „verherrlicht“ das Organ des „Bundes der Landwirte“ die Jentenerfeier. Einiges ist gegeben, aber noch nicht genug. Die Stimmung im Volke entspricht nicht der Feier, und vieles ist gegeben, was die Festfreude nicht erhöh. Dann heißt es:

Wie stilllich fort würde die Stimmung sein, wenn das Volk allenfalls in der Hand der wenigstens hätte, daß die Regierung entschlossen ist, in die Schäden des alten Kurles wieder einzutreten, des alten Kurles, der die heimliche Arbeit gesichert und gesichert, verfehlt und umfriedet hatte!

Die Arbeiter wissen ein Lied davon zu singen, wie ihre berechtigten Interessen „gesichert“ und „gesichert“ worden sind.

Nicht so würgeln Zu der Abordnung der Berliner Studenten, welche gestern einen Fackelzug veranstalteten, sagte Wilhelm II.: „Ich danke Ihnen herzlich für die Ueber-rückung, die Sie mit bereiteten. Sorgen Sie dafür, daß das, was der alte Herr Ihnen vermahnt, stets treu bewahrt wird, sorgen Sie vor allem auch dafür, daß im Volke nicht so genörgelt wird, wie es jetzt leider so viel der Fall ist.“

Ein allgemeiner Fünftierstag ist vom Zentralvorstand des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu München und vom Vorstand des Zentralausschusses vereinigt

Jannungsverbände Deutschlands zu Berlin auf Montag, den 24. Mai nach Leipzig einberufen worden. Die Fünftier werden sich wieder einmal mit der jetzt abgeleiteten Handwerkerpartei beschäftigen.

Den Patrioten muß alles zum besten dienen. So schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten: Die schöne Benuß, der an frohendem Gange täglich zunehmende Stern, muß morgen, Montag, die höchste Pracht erreicht haben. Er ist höchst von dem himmlischen Geiste, das es auch zur Verherrlichung unseres großen nationalen Feiertag beitragen will! Und noch hüßiger, so bemerkt doch die Leipz. Volkstg., dazu, daß unter den günstigen Auspicien des Geistes der Benuß also auch fernherhin noch Erdenbürger das Licht der Welt erblicken werden, die im Glückstreben und Monarchen-anbetung die höchste irdische Glückseligkeit finden.

Ausland.

Österreich. Eine Protokollversammlung der Wiener Arbeiterschaft gegen die Aufhebung der Eisenbahnschließerei wurde polizeilich aufgelöst. Viktor Aler besetzte.

Italien. Wäßer sind gewählt: 320 Ministerielle einschließlich der Gruppen Zanarbelli und Giolitti, 75 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 17 Rationale und 18 Sozialisten. 63 Sitzungen sind noch erforderlich und 15 Resolute noch ausständig.

Rußland. Aus russischen Gefängnissen. Einige Wochen wurde in Petersburg von einer großen Studentemenge eine Totenfeier und Demonstration veranstaltet, für eine Studentin, die sich in der Peter-Pauls-Festung, wo sie gefangen gehalten wurde, durch Verbrennung mit Petroleum das Leben genommen hatte. Wie jetzt bekannt wird, nahm sich die Studentin, die aus guter Familie stammt, aber wegen „Verdachts nichtiger Umtriebe“ verhaftet worden sein soll, auf so entsehlige Art das Leben, weil sie sich nicht vor der Zubringlichkeit eines der Festungs-offiziere retten konnte. Alle Welt ist überzeugt, daß sie von Gendarmen vergewaltigt worden sei. Dieser Fall von Notzucht, sagt ein Schreiben an die Riga. Ztg., ist in der Festung Petrapawlowa nicht der erste. Daselbst Schicksal erlief vorher dort Lubimila Terentjewna. Die Studenten hoffen durch ihre Kundgebung, diesen Thatsachefall bis zu den Ohren des Kaisers bringen zu lassen, und damit eine Verhaftung des Schulbigen zu erreichen.

Türkei. Die türkischen Aufständischen wollen von der ihnen von der Weisheit der großmächtigen Diplomatie zugehobenen Autonomie nichts wissen. Sämtliche Nachrichten aus Kreta belegen, daß die Insurgenten die Autonomie nicht annehmen und sich weigern werden, die Waffen niederzulegen. Die Führer der Insurgenten in Krotroir erklären gegenüber den Anbirdalen, es sei unrichtig, daß sie sich für die Autonomie ausgesprochen hätten. Man traut offenbar den Mächten so lange nicht, es nicht ein genauer Plan vorliegt, der die Insurgenten erkennen läßt, daß es mit der Türkenherrschaft vorbei ist. Und wie die Aufständischen von Krotroir, so sind auch diejenigen von Rifamo mit der Autonomie nicht zufrieden.

Die Einigkeit der Mächte droht in die Brüche zu gehen. Von verschiedenen Seiten wird befehligt, daß England sich weigert, sich erweiternden Maßnahmen gegen Griechenland und zwar vor allem der von den übrigen Mächten geplanten Erweiterung der Wolade auf die griechischen Häfen anzuschließen. Nach einer der Intern. Korrespondenzen Meldung aus Paris hat der englische Vorkämpfer Konon dem französischen Minister des Äußeren Hanotiau die Mitteilung gemacht, daß angehört der Bedenken, welche verschiedene Mächte gegen, durch Ueberwindung größerer Truppen-teile nach Kreta an der Entwaftung der Aufständischen direkt Anteil zu nehmen, die britische Regierung bereit ist, auf eigene Kosten 10 000 Mann nach der Insel zu entsenden, um die griechischen Truppen zum Abzug und die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Falls die Großmächte diesen Vorschlag Englands annehmen würden, sei England bereit, sich an der Bekämpfung der griechischen Häfen zu beteiligen. Janotiau amorierte sofort, daß die französische Regierung vertrete den Standpunkt, daß die Pajizirierung Kretas nicht einer einzelnen Macht übertragen werden könne, und seiner Ansicht nach seien auch die übrigen selbständigen Regierung der gleichen Meinung.

Das Beispiel Frankreichs wirte ansehend. Auch im vordem Reichstage beschäftigte man sich mit der Frage der Firdengüter.

Die Wäßer erzielte ein Ergebnis, das man nicht ohne Bedenken dem Beispiele Frankreichs nicht folgen, um außerordentliche Umstände die Einziehung der Firdengüter veranlassen hätte.

Ganz Europa, so man kann sagen, die ganze Menschheit erregte bei dem politischen Erdbeben, von welchem Frankreich erschüttert wurde.

Die Reden der Volksvertreter fanden ein Echo und die Beschlüsse und Maßregeln derselben wurden mit fröhlicher Bewunderung wahrgenommen, von den Unterthanen der Monarchen der Erde.

Je mannigfaltiger mit Spannung der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich die Freireiher breiteten sich aus. Die Könige fingen an sich zu beunruhigen und trafen ihre Gegenmaßregeln.

Der König von Neapel erließ am 23. November einen Befehl dahinhaltend, daß füran seinem Franzosen der Eintritt in das Königreich Neapel nicht gestattet sei, mit Ausnahme der Leute von höherem Range, welche eine friedliche Profession betreiben, um dadurch für ihren Charakter Gewissheit zu erlangen.

Der Minister des Äußeren schäufte dem französischen Gesandten auf das dringlichste ein, seinen Fuß nach Neapel in Paris verab-folgen zu lassen, ohne genau zu prüfen.

Denn schon seit, diese Freireiher sind wie Festsiedeln in einer eisernen Kugel, sie werden immer größer und sind nicht wieder fortzutreiben.

„Und was ist zu bestehen unter dem Ausdruck friedliche Profession?“ fragte jener.

„Eine friedliche Profession betreiben nur solche Leute, welche weder aus Geldgier, noch aus persönlicher Hebelverderben sich mit Denken und Schreiben abgeben.“

„Ja, dann darf ich zu jeder einem Arzt, noch einem Gelehrten, noch einem Mathematiker einen Fuß verabreichen.“

„Rein, das dürfen Sie auch nicht und noch weniger einen Schriftsteller von Profession.“

1789.

88) **Ueber die Bonaparte'sche Revolution.** (Nachdruck von Gerbeten.)

Als in der einen Sitzung ein Mitglied der Rechten sich gegen die Neueinstellung Frankreichs ausbrach und solche unnatürlich nannte, reichte ihn Marry wie folgt an:

„Ihr meint also wirklich, daß dasjenige, was natürlich ist, auch unter Vellei sein muß in allen Dingen?“

Schloß sich an, „Nun dann nehmt meinen — zum Beistehen, er ist doch natürlich, natürlich.“

Eines Tages verließ Marry die Sitzung, einer aus der Volksmenge rief: „Nun und doch diesen Calotin.“ (So viel wie Hausnarr oder Pfaffenmann.)

„Arretieren Sie mal diesen Gefellen da, er hat mich Pfaffenmann genannt.“

„Hält mir gar nicht ein,“ entgegnete der Bürgerweermann, an den sich Marry wandte.

„Nicht — dann daß mal auf!“ rief Marry, packte den Uebelthäter und verbannte ihn ganz gottsdämmerlich.

„Gehst doch den Pfaffen an den Laternenfuß!“ riefen die Freunde des Gerechtigkeit.

„Nunne Gefährlich“, entgegnete Marry, „glaubt Ihr etwa, daß deshalb Eure Laternen besser brennt? Nicht daran zu denken.“

Erwachs und ging ruhig seinen Weg.

Vom 19. bis 25. November.

Europa und Frankreich. In dieser Woche beschäftigte sich die Volksvertretung mit den Vorschlägen von Bieder, die Schwereität des Reiches in Ordnung zu bringen.

Von Rom erließen die Zustimmung des Papstes zur Neuordnung der kirchlichen Angelegenheit Frankreichs mit der vorstehigen Unterdrückung:

„Gerechtigkeit für die Gegenwart.“

